

Südsichten zu den Anschlägen in den USA

"Die Anschläge in den Vereinigten Staaten treffen uns alle", lauten die einstimmigen Kommentare in den Zeitungen weltweit. Der Grundtenor in den deutschsprachigen Medien ist: Solidarität mit dem US-amerikanischen Volk - und mit der US-amerikanischen Regierung. Auch wenn einzelne Stimmen zur Besonnenheit aufrufen, ist man sich einig, dass sich die USA 'rächen' müssen und die Regierungen sind bereit, sie dabei militärisch zu unterstützen.

Unterdessen haben uns auch Kommentare aus Guatemala erreicht, die, aufgrund der jüngsten Geschichte des Landes, zu der bekanntlich die Vereinigten Staaten das ihre beigetragen haben, eine etwas andere Sichtweise einnehmen: Solidarität mit den Betroffenen - aber Kritik an der US-amerikanischen Regierung unter Hinweis auf die historischen und strukturellen Ursachen, die zu solchen Anschlägen führen können. Wir drucken im folgenden drei dieser Kommentare ab.

Es tut mir leid um die Opfer

Mir tun die 10'000 unschuldigen Opfer des World Trade Center leid, ebenso wie mir die 200'000 Verschwundenen und Ermordeten des schmutzigen Krieges in Guatemala leid tun. Es ist für mich ebenso unvorstellbar, wie die Passagiere in den als Bomben verwendeten Flugzeugen ihre letzten Augenblicke erlebt haben, wie es für mich unvorstellbar ist, was die Menschen verspürt haben, die während dem Brand der spanischen Botschaft in Guatemala ums Leben kamen. Ich teile die Verzweiflung der Familienangehörigen der Opfer, die bis heute nicht wissen, ob ihre Liebsten unter den Trümmern des World Trade Centers überlebt haben, weil ich meine eigene Verzweiflung kenne, angesichts der Ermordung und des Verschwindens meiner eigenen Liebsten in den Jahren 1968, 1978, 1982 und 1984 in Guatemala. Viele GuatemalteKInnen wissen, wie diese Verzweiflung ist, weil wir sie selber erlebt haben.

Wir wissen aber auch, dass der Krieg in Guatemala, der nach 1954 ausbrach, die Konsequenz einer Invasion der Vereinigten Staaten war. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die ZeugInnen und Familienangehörigen der Opfer von New York werden für den Rest ihres Lebens geprägt sein, ebenso wie meine Generation geprägt ist von der Invasion der CIA in Guatemala.

Diese Invasion fand statt, weil es ein Land gibt, dessen Regierung und Bevölkerung davon überzeugt sind, dass ihr Militär immer und überall grünes Licht hat, wenn es darum geht, ihre Freiheit und ihr Recht, sich immer die grösste Scheibe von allem abzuschneiden, zu verteidigen.

Wenn ich mir überlege, dass die Terroristen die Symbole der Wirtschaft, des Militärs sowie (laut Zeitungsmeldungen) den Präsidenten, angreifen wollten, kommen mir unweigerlich die Bilder in den Sinn, als vor 28 Jahren in Santiago de Chile, die Kanonen der vom CIA und Henry Kissinger unterstützten militärischen Verräter, den *Palacio de Moneda* bombardierten um den Präsidenten Salvador Allende zu stürzen um umzubringen.

Heute erheben sich in den USA die Stimmen jener, die nach Rache rufen. Und die US-amerikanischen Politiker beu-

gen sich dem Ruf ihrer WählerInnen und stellen 20 Milliarden US-\$ für ein nächstes Massaker zur Verfügung. Dazu kommt mir folgender Gedanke: Wenn die USA von einem Staatsmann und nicht von einem Cowboy mit spitzen Stiefeln und Texanerhut regiert würde, beabsichtigten sie nicht, grundlegende Freiheiten ausser Kraft zu setzen, als Folge der unwirksamen Kontrollmechanismen, die sich faschistische Hitzköpfe, sog. Sicherheitsbeamte, ausgedacht haben. Sondern sie würden Wege suchen, um weniger aggressive Umgangsformen mit dem Rest der Welt zu pflegen. Sie würden sich Politikformen überlegen, die für die anderen Länder gerechter sind, vor allem für diejenigen, die wegen ihrer Handelspolitik und durch die von ihnen unterstützten Diktaturen unterdrückt und ausgebeutet sind. Sie würden ihre bedingungslose Unterstützung der zionistischen Regierung Israels noch einmal überdenken. Sie würden die Bereitschaft zeigen, die internationalen Abkommen zur Eindämmung der Umweltkatastrophe zu unterzeichnen und ernst zu nehmen, auch wenn das bedeutet, dass sie weniger Klimaanlage bauen könnten und sich etwas ökologischer Fortbewegen müssten. Aber die Realität beweist das Gegenteil. Alle BewohnerInnen dieser Erde werden wir die Konsequenzen der steigenden Paranoia der USA zu spüren bekommen.

Zum Schluss möchte ich eines festhalten: Wenn die mächtigen Geheimdienste der USA nicht fähig waren, den Anschlag vom 11. September zu verhindern, können sie auch in Zukunft wenig gegen solche Anschläge machen. Ohne eine Veränderung der US-amerikanischen Aussenpolitik, ohne die Aufgabe ihrer unilateral übernommenen Rolle als Weltpolizei, ohne dass sie aufhören, ihre Interessen auf Teufel komm raus auf der ganzen Welt (und gegen ihre eigenen Minderheiten) durchzusetzen, kann überall auf der Welt eine soziale oder politische Bewegung wachsen, die im Terrorismus enden kann: Wo die Würde eines Volkes mit den Füßen getreten wird, sind die Grundrechte eingeschränkt, die Kultur zerstört und die Zukunft ruiniert.

(José Cruz, La Tertulia)

Was geschah in den Vereinigten Staaten?

Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten eine Vormachtstellung eingenommen und damit eine neue Ära der Kultur, der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet, und die internationalen Beziehungen bestimmt. Sie gelten als das Vorbild in Sachen westlicher Demokratie und vermitteln ein Verständnis von Freiheit, Justiz und sozialer Gerechtigkeit, das prägend ist für die ganze Welt.

Das Bestreben, diese Vormachtstellung aufrechtzuerhalten, hat zu einer Reihe politischer Entschiede geführt, die andernorts zu Ungerechtigkeit, Armut und politischer Unstabilität geführt haben. Paramilitärische Bewegungen wurden gestützt oder Invasionen gestartet, um Regierungen zu stürzen, die sich gegen die US-amerikanischen Interessen wendeten. Dadurch wurden bestehende Konflikte zwischen einzelnen Ländern verstärkt und Rassismus geschürt, kurz: der Preis war hoch.

Unzählige Male haben die verschiedensten PolitikerInnen vor den Auswirkungen der US-amerikanischen Politik gewarnt. Doch diese wurde weiter betrieben. Mit den jün-

sten Anschlägen wurde ein eindeutiges Signal ausgesandt: Auch das Imperium ist verletzlich, auch das Imperium kann Opfer der Gewalt werden.

Es ist schrecklich, die Zivilbevölkerung als militärisches Ziel zu benutzen. Aber ist es nicht genau so schrecklich, ein Volk langsam aushungern zu lassen oder an ihm die verschiedensten Waffen auszuprobieren?

Es ist bedenklich, mit welcher Kaltblütigkeit gegen die Sicherheitsvorkehrungen und die Kontrolle in diesem Land verstoßen wurden. Aber ist es nicht ebenso bedenklich, mit welcher Kaltblütigkeit die Souveränität von Ländern verletzt wird, um direkte oder indirekte Militärinterventionen durchzuführen?

Der Grund der internationalen Aufregung ist die Angst davor, dass die Weltwirtschaft in die Krise gerät. Aber ist es nicht auch ein Grund zur Aufregung, dass die Wirtschaften unterentwickelte Länder kollabieren, weil sie völlig vom US-Handel abhängig sind?

Es ist besorgniserregend, dass die Reaktion auf diese Ereignisse eine Zunahme des Rassismus gegen Nicht-US-BürgerInnen ist und gegen alle, die die Ideale der USA nicht teilen. Aber

ist es nicht ebenso besorgniserregend, dass die USA mit ihrer Politik den Rassismus und den Zerfall sozialer Gemeinschaften förderte?

Wir könnten hier eine ganze Liste von Politiken und Aktionen der Vereinigten Staaten aufzählen und diese Liste wäre sehr lang.

Auf der einen Seite wird alles unternommen, um die Opfer zu bergen, ihre Angehörigen zu betreuen, die Untersuchungen und die Suche nach den Verantwortlichen zu intensivieren. Auf internationaler Ebene macht sich derweil eine Stimmung des 'Reihen schliessen' breit, um das politische und wirtschaftliche System zu verteidigen, das die USA während der letzten Jahrzehnte aufgebaut hat. Dieses System scheint jetzt an einem Faden zu hängen und unter Zustimmung aller zu einer Verhärtung der internationalen und der Militärpolitik zu führen. Damit werden die Spannungen zunehmen, die sich mit der Regierungsübernahme von Bush verstärkt haben und können, je nach dem, wie sich die anderen Regierungen verhalten, zu einem bewaffneten Konflikt schrecklichen Ausmasses für die Menschheit führen.

(Institut für politische, wirtschaftlich und soziale Studien, IPES)

Lebendiger denn je

Die Tragödie in den Vereinigten Staaten vom 11. September hat, wie das oft geschieht, wenn wichtige Ereignisse die Weltmacht betreffen, die lokalen Realitäten rund um den Erdball, aus der Berichterstattung verdrängt. Diese Konzentration auf die USA kommt den verschiedenen PolitikerInnen zugute, die es satt haben, in ihren Ländern täglich von den Medien kritisiert werden.

In unseren Zeitungen verliert das Lokale an Relevanz, während die berechtigten Ängste darüber zunehmen, wie wohl der Dschungelkönig reagieren wird, nachdem er einen Tritt an seiner empfindlichsten Stelle verpasst kriegte. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Niemand, der seine fünf Sinne beisammen hat und auch nur ein Minimum an Sensibilität besitzt, lässt sich nicht von der Trauer des US-amerikanischen Volkes bewegen. Aber man muss die Dinge aus der richtigen Perspektive betrachten, denn die Tragödie ist nicht aus dem Nichts entstanden.

Mit dem US-amerikanischen Volk müssen wir uns solidarisieren, denn wir wissen, dass auch es Opfer sei-

ner eigenen Regierungen war und ist (etwas, das wir ja aus unseren Breitengraden sehr gut kennen). Ich möchte aber daran erinnern, dass vor nicht langer Zeit das guatemalteckische Volk unter der antikommunistischen Paranoia mehrerer US-amerikanischer Regierungen zu leiden hatte. Unser Land hat sich bis heute nicht davon erholt. Diejenigen Leute, die vor den Massakern fliehen mussten und sie überlebten, haben bis heute nichts an Wiedergutmachung erfahren. Diese Massaker wurden von unserem eigenen, von den USA finanzierten und in der *Escuela de las Américas* ausgebildeten Militär ausgeübt. Dabei war unsere Zivilbevölkerung genau so unschuldig wie die Personen, die sich im Moment des Anschlages in den Türmen des World Trade Centers aufgehalten haben.

Es stimmt: Terrorismus ist grässlich und muss verurteilt werden, wo immer er ausgeführt wird. Doch die Kriminellen, die ihn ausüben, kommen nicht nur von der anderen Seite des Ozeans. Wenn als 'Kriegsverbrecher' all jene gelten, die, selbst zu Kriegszeiten unakzeptierbare Greuelthaten ausüben, gehören dazu auch viele Funktionäre der heutigen US-Regie-

rung: Colin Powell, verantwortlich für die Angriffe auf Panama und den Irak und der ehemalige Präsident Bush für seine Verantwortung an der Ermor-

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

derung vieler Zivilpersonen dieser beiden Länder. Bill Clinton für 78 Tage und Nächte Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung Ex-Jugoslaviens, sowie gegen Somalia, Bosnien, den Sudan und Afghanistan. Ronald Reagan für die Angriffe in El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Grenada und Libyen. Gerald Ford für sein Einverständnis zum Völkermord in Osttimor. Auch Richard Nixon, Wesley Clark, Norman Schwarzkopf, Elliot Abrams, Casper Weinberger, Oliver North, Henry Kissinger und viele mehr, die auf höchster Ebene diejenigen unterstützen, bewaffnet und finanziert haben, die Grässlichkeiten gegen ihre eigene Bevölkerung begangen haben.

Plötzlich gerät das fundamentalis-

tische Taliban-Regime in die Schlagzeilen, da vermutet wird, dass sich Osama bin Laden in Afghanistan aufhält, der Hauptverdächtige für den Anschlag in den Vereinigten Staaten. Der Terror, den die afghanische Regierung gegen die eigenen Frauen ausübt, in dem ihnen sämtliche Rechte verwehrt werden, hat aber den Weg in die internationalen Schlagzeilen nicht gefunden.

Am 11. September, dem Tag der Zerstörung in den Vereinigten Staaten, hat sich in Guatemala der 11. Jahrestag der Ermordung der Anthropologin Myrna Mack gejhrt, die sich ihr Leben lang für die Unterdrückten eingesetzt hat. Myrna war eines der Opfer der antikommunistischen Paranoia,

die in unserem Land von der US-amerikanischen Regierung genährt wurde. Am 10. Oktober werden sich die drei der Drahtzieherschaft angeklagten Militärs, Juan Valencia Osorio, Juan Oliva Carrera und Edgar Godoy Gaitán vor Gericht verantworten müssen. Ein Prozess, geprägt von Drohungen gegen RichterInnen und ZeugInnen, geprägt von Korruption, Verzögerung, und von der Ermordung eines Kriminalbeamten. Auch in diesem Fall hat es viele, die ihre verletzlichsten Teile angegriffen sehen. Und trotz der elf Jahre seit ihrer Ermordung ist Myrna Mack lebendiger denn je in der Erinnerung all derer, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen.

(Laura E. Asturias, Siglo XXI)

Einigung zwischen ArbeitgeberInnen und den Gewerkschaften

Guatemala, 15. Sept. Nach zehn Jahren erfolgloser Verhandlungen über eine Gehaltserhöhung für LandarbeiterInnen, konnten sich die ArbeitgeberInnen und die Gewerkschaften auf einen neuen Minimallohn einigen.

Gemäss Abkommen soll die Gehaltserhöhung in zwei Etappen durchgeführt werden, eine im April und die andere im Oktober 2002. Konkret heisst das, dass der Tagesgehalt für LandarbeiterInnen bis März 2002 weiterhin 25.08 Quetzales beträgt, ab April dann auf 26 Q täglich erhöht wird und ab Oktober 2002 auf 27.75 Q. Insgesamt also

eine Erhöhung von 2.67 Quetzales, was beim aktuellen Kurs 0.34 US-\$ ausmacht. Ein lächerlicher Betrag, bedenkt man, dass als Folge der Mehrwertsteuererhöhung die Preise für Grundnahrungsmittel bis zu 10% angestiegen sind.

Die Einigung kam zu Stande, da beide Seiten verhindern wollten, dass die Gehaltserhöhung per Regierungsdekret erfolgt, wie das in den letzten Jahren jeweils der Fall war.

Carlos Contreras, Vertreter der Arbeitgeberseite, bezeichnete das Abkommen als historisch. Keine der beiden Seiten sei voll auf ihre Rechnung gekom-

men, doch man habe eine Kompromisslösung aushandeln können.

Rigoberto Dueñas, der die ArbeitnehmerInnenseite vertrat, sprach von einem Präzedenzfall, der Auswirkungen auf andere Sektoren haben werde.

Im unterzeichneten Abkommen heisst es weiter, man wolle die bestehenden Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Dies wurde von Carlos Arias, Vertreter des Unternehmerverbandes CACIF, als ein erstes Zeichen gewertet, dass die ArbeiterInnen, die UnternehmerInnen und die Regierung am gleichen Strick ziehen.

Kongress über Gender-Studien in Antigua

Guatemala, 31. Aug. In Antigua Guatemala fand vom 28. bis 30. August der *Erste zentralamerikanische Kongress zu Gender-Studien* statt. Über 800 Frauen und Männer nahmen an dem von der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) organisierten Kongress teil, viel mehr als erwartet.

Dieser Kongress sollte ein Ort sein, wo Männer und Frauen, ausgehend von Feminismus und Geschlechtertheorie, ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen können.

Und während viele Frauen in Lateinamerika nicht einmal wissen, dass sie als Frauen spezifische Rechte haben befassten sich die TeilnehmerInnen des Kongresses mit ambitiösen Themen wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Frauen, Land und Umwelt, Geschichte und Politik, Wirt-

schaft und Macht, interkulturelle Beziehungen.

Die mexikanische Anthropologin Marcela Lagarde betonte in ihrer Begrüssungsrede, dass Feminismus immer noch ein Tabu in den Gesellschaften Lateinamerikas sei. So bestand denn auch, selbst in diesem mehrheitlich akademischen Kreis, keine Einigkeit darüber, was unter 'Gender' zu verstehen sei. (Das 'soziale Geschlecht', im Vergleich zum 'biologischen Geschlecht'. Die Red.)

Die vielen TeilnehmerInnen und die Anwesenheit auch junger Frauen, ist ein Zeichen dafür, dass das Thema Feminismus auch in Zentralamerika langsam salonfähig wird. Dass damit aber das patriarchale System, auf dem die Gesellschaft aufgebaut ist, in Frage gestellt wird, formuliert eine Teilnehmerin sehr treffend:

"Seit der Feminismus und seine

Forderungen als gesellschaftliches Konzept an Akzeptanz gewinnen, fehlen diejenigen nicht, die behaupten, dass 'diese Geschlechterdinge einzig dazu dienen, die Familien zu zerstören'. Uns Feministinnen unterschiebt man ein kleinliches Denken. Dabei wollen wir einzig die patriarchale Familie als solche dekonstruieren, in der der Mann als einzige Autorität fungiert und in der die Rechte der Frauen und Kinder tagtäglich und straflos verletzt werden. Über die Familie hinaus wollen wir die sozialen Strukturen verändern, die Männlichkeit als wertvoller und wichtiger einstufen. Entsprechend erstaunt es nicht, dass der Feminismus eine Bedrohung darstellt für ein System, das sich von Unterdrückung und Ungerechtigkeit nährt, und eine Bedrohung ist für diejenigen, die mit diesem System zufrieden sind".

12. MINUGUA-Bericht über Menschenrechtssituation

Guatemala, 4. Sept. Der 12. Bericht der MINUGUA über die Situation der Menschenrechte in Guatemala umfasst die Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2001. Die Situation wird als stagnierend bis rückschrittlich beschrieben und in einen direkten Zusammenhang mit den anderen Friedensabkommen gebracht, deren Umsetzung auch keinen Schritt vorankommt. Von dieser Situation am meisten betroffen sind die historisch marginalisierten Gruppen wie die Indígenas und die Frauen.

Im guatemalteckischen Menschenrechtsabkommen ist festgehalten, dass MINUGUA ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der zivilen und politischen Rechte wirft. In vergangenen Jahr hat MINUGUA 3986 Verletzungen dieser Rechte beobachtet. Der Bericht beschreibt im Anhang exemplarisch 67 dieser Fälle. MINUGUA machte aber nicht nur eine quantitative sondern auch eine qualitative Analyse der Menschenrechtsverletzungen. Dabei werden zwei Faktoren speziell erwähnt: Die Straflosigkeit und das Weiterbestehen von aus dem bewaffneten Konflikt 'geerbten' Strukturen.

Die Lynchjustiz und der Machtmissbrauch von Polizeiangehörigen sind die beiden Hauptgründe für die Verletzung des Rechts auf Leben. Während der untersuchten Zeit hat die Beteiligung von Mitgliedern der Gemeinderierungen und von Angehörigen der ehemaligen Zivilpatrouillen an Lynchmorden zugenommen. In verschiedenen Regionen trugen die Fälle von Lynchjustiz zu einer Situation der Unregierbarkeit bei, in der auch andere Menschenrechte verletzt wurden.

MINUGUA stellte fest, dass Lynchjustiz häufiger in Gebieten angewendet wird, in denen während dem Krieg die sozialen Netze zerstört wurden. Das fehlen jeglicher Politik zur Prävention und Bekämpfung der Lynchjustiz, wirken, ebenso wie die Straflosigkeit, geradezu ermutigend. Im untersuchten Zeitraum

fanden 88 Fälle von Lynchjustiz statt, das sind pro Monat rund 7 Fälle.

Die zivile Nationalpolizei ist verantwortlich für eine hohe Anzahl von Menschenrechtsverletzungen. Der Machtmissbrauch durch Polizeiangehörige äussert sich in aussergerichtlichen Hinrichtungen und in Folterungen von Verhafteten mit Todesfolgen. Die Polizeiberichte sind so verfasst, dass es unmöglich ist, die Schuldigen zu eruieren. Im Verlaufe des letzten Jahres wurden auch zwei Fälle von aussergerichtlicher Hinrichtung bekannt, in die zweifellos Angehörige des Militärs involviert sind. MINUGUA bezeichnet diese Morde als 'soziale Säuberung'.

Zugenommen haben auch die Morde und andere Delikte, deren Urhebererschaft in illegalen und klandestinen Strukturen zu suchen sind. MINUGUA hat einen beunruhigenden Zusammenhang gefunden zwischen Gewaltdelikten und der Vorgehensweise einer Gruppe, der Mitglieder der ehemaligen Geheimdienstabteilung "Archivo" angehören. Diese Gruppe hat Kontakte zu Personen, die öffentliche Ämter bekleiden und entzieht sich jeglicher polizeilichen Kontrolle. In diesem Zusammenhang sind auch die Ermordung von Gefangenen zu sehen, z.B. diejenigen des wegen einer Kleinigkeit inhaftierten Luis Carlos García Pontaza, der aber als Zeuge im Fall Gerardi gegen die Angeklagten hätte aussagen sollen. Zu Beunruhigung Anlass geben auch die Angestellten privater Sicherheitsfirmen und die mangelnde Autorität des Staates über diese Firmen.

MINUGUA stellte im letzten Jahr beinahe eine Verdoppelung der Todesdrohungen gegen Justizangestellte, JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und PolitikerInnen fest. Auch diese Praxis schreibt MINUGUA klar Leuten zu, die mit 'Methoden vergangener Zeiten' arbeiten. Beunruhigend ist, dass es in solchen Fällen oft hohe Staatsangestellte sind, die an der Seriosität der Personen zweifeln, die bedroht werden.

Dies, obwohl sich die Regierung im Menschenrechtsabkommen dazu verpflichtet hat, jeder Anzeige nachzugehen und die Bedrohten zu schützen.

Als Hauptproblem beim Schutz der Menschenrechte sieht MINUGUA zweifellos die systematische Straflosigkeit. 53% der von MINUGUA aufgenommenen Menschenrechtsverletzungen beziehen sich auf Unterlassungen und Fehler der Justiz. Straflosigkeit ist eine Folge der mangelnden Koordination zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Dies wird unterstützt bzw. ausgenutzt von den noch funktionierenden Strukturen aus der Zeit des internen Konfliktes.

Das Urteil im Fall Gerardi wird als ein Erfolg im Kampf gegen die Straflosigkeit gewertet. Als Gegenstück dazu nennt MINUGUA die Flucht von 78 Gefangenen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Escuintla, an der laut MINUGUA Wachpersonal des Gefängnisses beteiligt gewesen ist. Diese Flucht hatte auch einen psychologischen Effekt bei der Bevölkerung, deren Glauben an die Behörden und die Justiz schon vorher nicht sehr stark war.

Der Bericht von MINUGUA endet mit konkreten Empfehlungen an die guatemalteckische Regierung:

Als Kernpunkt sieht MINUGUA die Umsetzung der in den Friedensabkommen festgelegten Punkte, wie die Auflösung des militärischen Geheimdienstes (EMP), die Schaffung eines dem Innenministerium unterstellten zivilen Geheimdienstes und die Ausarbeitung eines neuen Militärleitbildes. Auf gesetzlicher Ebene sind es: Schaffung eines Zivildienstes, Reform des Waffen- und Munitionsgesetzes, Verabschiedung des Parteien- und Wahlgesetzes, des Kinderschutzgesetzes und des Adoptionsgesetzes und Einsetzung der *Kommission für Frieden und Einheit*, die sich um die Wiedergutmachung für die Opfer des bewaffneten Konfliktes kümmert.

Radiojournalist ermordet

Guatemala, 6. Sept. Unmittelbar vor seinem Haus wurde der Radiojournalist Jorge Mynor Alegría Armendáriz in Puerto Barrios von Unbekannten erschossen. Alegría hatte verschiedentlich Todesdrohungen erhalten, für den kritischen Inhalt seiner Sendung *Linea Directa*, die im Radio Amatique ausgestrahlt wird. In seinen Programmen denunzierte er Fälle von Korruption auf Gemeindeebene oder in der Zollbehörde

oder berichtete über die Massenentlassungen im Hafen von Puerto Barrios. In seiner letzten Sendung, die einen Tag vor seiner Ermordung ausgestrahlt wurde, stellte er das Verhalten des FRG-Abgeordneten David Pineda in Frage.

Sein Kollege, Enrique Aceituno, Journalist beim selben Radio, gab nach der Ermordung von Alegría seine Arbeit auf. Auch er erhielt in den letzten Wochen Todesdrohungen.

Die staatliche Menschenrechtskommission (PDH) bezichtigte die Untersuchung der Polizei und der Staatsanwaltschaft der Unregelmässigkeiten und bezeichnet die Ermordung als einen Fall von sozialer Säuberung. Auch MINUGUA spricht in ihrem 12. Bericht über die Situation der Menschenrechte von einer bedenklichen Zunahme der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäusserung.

Hunger auch in Guatemala

Guatemala, 10. Sept. In einer kürzlich von UNICEF herausgegebenen Studie wird die Ernährungssituation in Guatemala mit derjenigen in Somalia verglichen: In sieben der 22 Departements leiden über 10% der Kinder im schulpflichtigen Alter an Unterernährung.

Erst als Ende August die ersten Meldungen über Hungertote in den guatemalteken Zeitungen erschienen, wurde bekannt, dass im Verlauf des Jahres bereits 41 Menschen an Hunger gestorben sind. Dabei ist man sich einig, dass der Hunger und die Armut strukturelle Probleme sind. Dazu kommen die ausgedehnte Dürrezeit und die durch die Krise im Kaffeehandel erhöhte Arbeitslosigkeit vieler SaisonarbeiterInnen. Dazu kommt ebenfalls die Indifferenz der jeweiligen Regierungen gegenüber Warnungen und Hinweisen der sozialen und Volksorganisationen bezüglich Armut und extremer Armut. Im Moment am stärksten betroffen sind die Gemeinden Jocotán und Camotán, Departement Chiquimula, wo ca. 2900 Bauernfamilien wegen der Dürre ihre Ernte verloren haben. Unterdessen sind ähnliche Meldungen aus Gemeinden in Huehuetenango bekannt geworden. Im ganzen Land spricht man von rund 13'000 Familien, die vom Hunger betroffen sind.

Bekanntlich wird in Guatemala jedes Thema und jedes Ereignis politisiert

- so auch die Hungertoten in Chiquimula. Die erste Reaktion von Präsident Portillo auf die Meldungen über die Hungertoten, war, er habe im Moment andere Prioritäten. Dafür äusserte sich Vizepräsident Reyes López: Die Regierung habe keine Ressourcen, um Programme für unterernährte Mütter und Kinder durchzuführen. Der Vize des Gesundheitsministeriums, Julio Molina, wusste nichts von einer Hungersnot und wies darauf hin, dass das Landwirtschaftsministerium für die Ernährung zuständig sei. Dieses wiederum griff achselzuckend auf das Argument der strukturellen Armut zurück...

Die ersten, die reagierten, waren die Medien und die sozialen Organisationen, die gemeinsam die Bevölkerung dazu aufriefen, sich mit ihren Landsleuten zu solidarisieren und Lebensmittel, Geld oder Medikamente zu spenden. Im selben Zug begannen auch die Vorwürfe an die Regierung, nichts zu unternehmen, um den Hungerleidenden zu helfen. Auf diesen Angriff sah sich Portillo dann doch genötigt, zu reagieren. Er zeigte sich allerdings erstaunt darüber, dass um die Hungersnot in Chiquimula so viel Aufsehen gemacht wird, sei es doch ein offenes Geheimnis, dass in Guatemala 80% der Bevölkerung in Armut lebe. Und fügte hinzu: "Deshalb setze ich mich für eine Steuerreform ein, um der Armut et-

was entgegenzusetzen. Immerhin wären 0.5% der Einnahmen der Mehrwertsteuer für Ernährungsprogramme für Schulkinder gedacht. Aber anstatt mich zu unterstützen, kritisieren 'sie' mich dauernd."

Nebst den Lebensmittellieferungen, die von der solidarischen Bevölkerung gespendet wurden, schickte auch das Welternährungsprogramm 346 Tonnen Lebensmittel nach Chiquimula. Auch die Regierung von Venezuela schickte 15 Tonnen Lebensmittel nach Guatemala. Endlich sah sich auch die guatemalteken Regierung gezwungen, zu reagieren. Als erstes wurde (einmal mehr) für dreissig Tage der landesweite Notstand ausgerufen. Weiter wurde informiert, dass die Regierung für nächstes Jahr ein Nothilfeprogramm ausarbeitet, um die Armut und den Hunger zu bekämpfen. Dieses Programm sieht den Bau von Strassen und Wasserleitungen vor. Dafür budgetiert sind 5 Milliarden Quetzales (6'250'000 Mio. US-\$). Dies ist ein ziemlich hoher Betrag, verglichen mit dem Gesamtbudget für das Jahr 2002, das 26 Milliarden Quetzales beträgt...

Unterdessen wurde aus Chiquimula bekannt, dass die Lebensmittel, die als Nothilfe geschickt wurden, bereits ausgegangen sind und die Leute wieder hungern.

Vor dem Treffen der Konsultivgruppe

Guatemala, 12. Sept. Die aus verschiedenen Nichtregierungsorganisationen zusammengesetzte *Inстанz für Frieden und Einigkeit*, rief die internationale Gemeinschaft auf, die guatemalteken Regierung nicht weiter zu unterstützen, solange sie sich weigere, ein Abkommen zu unterschreiben, dass die Wiedergutmachung an den Opfern des bewaffneten Konfliktes regelt.

Seit Monaten seien sie in Verhandlung mit dem Friedenssekretariat (SEPAZ) und der präsidentalen Menschenrechtskommission (COPREDEH), um ein solches Abkommen auszuarbeiten, erklärte Claudia Samayoa von der *Inстанz*. Wenige Stunden bevor das Abkommen hätte unterzeichnet werden sollen, blies die SEPAZ die Sache ab, mit der Begründung, im Regierungsbudget des Jahres 2002 seien die für die Umsetzung des Abkommens notwendigen 40 Mio. Quetzales nicht erwähnt.

Für Samayoa ist dies ein eindeutiges Zeichen von mangelndem politischen Willen der Regierung, die Friedensabkommen und die Empfehlungen

der Wahrheitskommission umzusetzen. Als weiteres Beispiel dieses fehlenden Willens zählt sie die staatliche Kommission für Wiedergutmachung und Eintracht auf, die zwar auf dem Papier geschaffen, doch noch nicht ernannt wurde.

Der Aufruf der *Inстанz*, finanzielle Unterstützung an die Einhaltung der Abkommen zu binden, richtet sich explizit an die Konsultivgruppe, die sich Ende November in Washington trifft.

Die Konsultivgruppe, zusammengesetzt aus mehr als 25 internationalen Finanzinstitutionen und 'befeundeten Ländern' des Friedensprozesses in Guatemala, hatte 1997, nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen, 1,9 Milliarden US-\$ für die Umsetzung der Abkommen gesprochen.

Die *Inстанz für Frieden und Einigkeit* ist aber nicht die einzige, die im Hinblick auf das Treffen in Washington aktiv wurde. Der Unternehmerverband CACIF und weitere Organisationen aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor gaben bekannt, sie würden nicht zu dem Treffen erscheinen. Der Regierung ginge es nur

darum, gut dazustehen, und die heiklen Themen zu vermeiden, wie aus der Traktandenliste zu sehen sei, argumentiert der CACIF. Zusammen mit der Regierung an diesem Treffen teilzunehmen würde bedeuten, mit ihrer Politik einverstanden zu sein, ist ein anderes Argument. Immerhin wurde von der Regierung nachträglich noch das Thema Hunger und Armut auf die Traktandenliste gesetzt.

Auch in der Zivilgesellschaft besteht Uneinigkeit darüber, ob es sinnvoll ist oder nicht, am Treffen der Konsultivgruppe teilzunehmen.

Arnoldo Noriega vom Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien (IPES) mahnt, dass das Treffen der Konsultivgruppe kein sozialer Anlass sei, wo man hingehöre oder nicht. Es sei ein Treffen, wo es um die Zukunft von Guatemala ginge. Und schliesslich hätte die Zivilgesellschaft, die Indígena- und Frauenorganisationen auch von den 1,9 Milliarden profitieren können, die die Konsultivgruppe vor vier Jahren gesprochen habe.

Alle Jahre wieder: Diskussion um Haushaltsbudget

Guatemala, 13. Sept. Das von Finanzminister Eduardo Weymann vorgelegte Haushaltsbudget für das Jahr 2002 beträgt rund 26 Milliarden Quetzales und ist damit 2 Milliarden höher als das diesjährige. Davon ist etwas mehr als die Hälfte für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und für Gehälter vorgesehen, rund ein Viertel für soziale Investitionen und der Rest zur Tilgung der staatlichen Schulden. Deutlich gestiegen sind die Beträge für Erziehung und Gesundheit. Rund 85% des Geldes, das nächstes Jahr die Staatskasse füllen soll, erhofft sich Weymann durch die Steuern einzunehmen.

Das Budget liegt nun der Finanzkommission des Kongresses zur Begutachtung vor. Die wohl treffendste Kritik daran hat die ANN-Kongressabgeordnete Nineth Montenegro geäußert: "Es

spielt eigentlich gar keine Rolle, ob der Kongress das Budget annimmt oder ablehnt, denn es wird nachher sowieso nach Lust und Laune der Exekutive verändert und angepasst".

Aber es gab noch andere Kritiken: Der Abgeordnete der *Unionistas*, Alvaro Hugo Rodas kritisierte, dass der Indígenafonds nicht mehr im Budget aufgeführt ist und fragte, ob wohl die Schliessung dieser Institution geplant ist. Ebenfalls stört er sich an der über 25%igen Erhöhung des Militärbudgets und erinnerte an die in den Friedensabkommen festgelegte Reduzierung des Militärapparates.

Mit dem Argument, die öffentlichen Ausgaben zu priorisieren, legte die FRG dem Kongress eine Initiative zur Auflösung des *Secretariats für strategische Analysen* (SAE) vor. Dessen Leiten, Ed-

gar Gutiérrez, ist der Partei schon lange ein Dorn im Auge, ist er zwar enger Vertrauter von Präsident Portillo, vertritt aber sonst nicht die Parteilinie. Das SAE verfügte letztes Jahr über ein Budget von rund 11 Millionen Quetzales, doch wurde dieses im Verlauf des Jahres auf über das Doppelte erhöht. Gutiérrez wird auch vorgeworfen, Informationen an die Presse weiterzugeben, z.B. im Fall der Stimmabgabe Guatemalas gegen Kuba in der UNO-Menschenrechtskommission (siehe ¡fijáte! 236).

Auch die Schaffung des SAE ist eine Konsequenz der Friedensabkommen, in denen die Auflösung des militärischen (EMP) und die Schaffung eines zivilen Geheimdienstes festgelegt wurde. Der EMP wurde bisher nicht aufgelöst, dafür soll nun der Zivile wieder verschwinden.

Was geschieht, wenn es Ríos Montt einmal nicht mehr gibt?

Guatemala, 11. Sept. Die einen wünschen es sich inniglich, die andern stellen sich die Frage mit Bange. Die überraschende Internierung des 75-jährigen Ríos Montt in eine Herzklirik liess die Frage über die Zukunft der FRG und der Regierung 'ohne Ríos Montt' aktuell werden. Das Schweigen der Partei und der Familie Montt's über den Gesundheitszustand des Kongresspräsidenten, liess den Spekulationen freien Lauf.

Man nimmt an, dass es einen Kampf darum geben wird, wer die Führung der FRG übernehmen würde, falls Ríos Montt sein Amt abgibt. Die einen nennen Zury Ríos Sosa als die natürliche Erbin der Autorität ihres Vaters, andere nennen den Vizepräsidenten Juan Francisco Reyes López, wieder andere den stellvertretenden Generalsekretär

der FRG, Aristides Crespo.

Tatsache ist, dass es Ríos Montt ist, der die Partei zusammenhält. Er ist der Stimmenführer, alle andern nur sein Echo. Ohne ihn wird die Partei ihre Einheit verlieren. Zury ist 'bloss' die Tochter, Reyes López hat den Ruf eines störenden Möchtegern-Generals und Crespo hat es nie geschafft, aus seinem Schatten zu treten.

Das Fehlen einer Führerpersönlichkeit in der FRG würde wohl keine unmittelbaren Auswirkungen haben, gibt es doch nebst zahlreichen OpportunistInnen genügend Leute, die dem General treu sind und die Exekutive und die Legislative unter Kontrolle halten würden. Die Frage wäre dann, ob die Opposition stark genug ist, um gegen diese 'Partei ohne Führer' etwas auszurichten.

Die Krankheit Ríos Montts hat aber noch eine ganz andere Komponente: Die Tatsache, dass der General sich nicht im Ausland behandeln lässt, sondern in der Herzklirik UNICAR, lässt darauf schliessen, dass er befürchtet, er könne ein ähnliches Schicksal durchlaufen wie Pinochet, wenn er das Land verlässt. Vor einigen Monaten wollte er die sich mehrheitlich in privaten Händen befindende UNICAR unter staatliche Aufsicht stellen, was zur Folge gehabt hätte, dass die Leistungen der Klinik nachgelassen hätten.

Laut offiziellen Meldungen vom 13. September wurde Ríos Montt nicht operiert. Es gehe ihm gut, er sei einfach müde und müsse sich erholen, erklärte Aristides Crespo. Noch einmal Glück (oder Pech?) gehabt!

Interview mit Ex-Comandante Lola

Guatemala, 9. Sept. An der Nationalversammlung der URNG vom 26. August wurde Alba Estela Maldonado (Ex-Comandante Lola) zur neuen Generalsekretärin der Partei gewählt. Wenige Tage danach erschien in der Tageszeitung *Siglo XXI* ein Interview mit ihr.

Darin erzählte sie, dass sie ihre Wahl nicht als einen persönlicher Erfolg betrachte, sondern als das Ergebnis des historischen Kampfes der Frauen. Es habe bereits Frauen gegeben, die sich gegen die spanischen Invasoren wehrten und in dieser Tradition habe es immer Frauen gegeben, die bewaffnet oder

unbewaffnet kämpften.

Dass die URNG eine Frau zur Generalsekretärin gewählt habe, werfe ein gutes Licht auf die Partei, meinte Maldonado weiter und hofft, dass noch mehr Frauen Entscheidungspositionen einnehmen werden. Wenn aber Pablo Monsanto sage, die Frauen müssten sich diesen Raum erkämpfen, irre er sich, die Frauen hätten sich ihren Raum schon lange erkämpft. Jetzt gehe es darum, ihn zu verteidigen, meinte sie.

Weiter wehrte sie sich gegen den Vorwurf, nur die Marionette von Rodrigo Asturias (Gaspar Ilom) zu sein. Diese

Ansicht sei eine Vereinfachung der Situation, politische Prozesse fänden nicht bloss zwischen zwei Personen statt. Ausserdem sei dies eine völlig machistische Sichtweise, die es den Frauen nicht zutraue, an der Spitze einer Organisation zu stehen und sowohl Männer wie auch Frauen zu vertreten.

Sie wolle nicht von einer neuen Etappe in der Geschichte der URNG sprechen. Sie sei genauso eine Veteranin wie Pablo Monsanto oder Rodrigo Asturias und werde den alten Prinzipien der Revolution treu bleiben, versprach Ex-Comandante Lola.